Abend-Ausgabe B.

Bezugs-Preis

für Leipzig und Vororte durch unsere Träger und Spediteure ins Haus gebracht: Ausgabe A (nur morgens) vierteljährlich 3 M., monatlich 1 M. Ausgabe B (morgens und abends) vierteljährlich 4.50 M., monatlich 1.50 M.
Durch die Post bezogen (2 mal täglich) innerhalb Deutschlands und der deutschen Kolonien vierteljährlich 5.25 M., monatlich 1.75 M. ausschl. Postbestellgeld, für Oesterreich 9 K 66 h, Ungarn 8 K vierteljährlich.
Abonnement-Annahme: Augustusplatz 8, bei unseren Trägern, Filialen, Spediteuren und Annahmestellen, sowie Postämtern und Briefträgern.
Die einzelne Nummer kostet 10 Pfg.
Redaktion und Expedition: Johannisgasse 8.
Telephon Nr. 14692, Nr. 14693, Nr. 14694.
Berliner Redaktions-Bureau: Berlin SW. 1, Prinz Louis Ferdinandstraße 1. Telephon I, Nr. 9275.

Leipziger Tageblatt
und
Handelszeitung.

Amtsblatt des Rates und des Polizeiamtes der Stadt Leipzig.

Anzeigen-Preis

für Inserate aus Leipzig und Umgebung die 6gespaltene Petitzeile 25 Pf., finanzielle Anzeigen 30 Pf., Reklamen 1 M.; von auswärts 30 Pf., Reklamen 1.20 M. vom Ausland 50 Pf., finanz. Anzeigen 75 Pf., Reklamen 1.50 M.
Inserate v. Behörden im amtlichen Teil 40 Pf. Beilagegebühr 5 M. p. Tausend exkl. Postgebühr. Geschäftsanzeigen an bevorzugter Stelle im Preise erhöht. Rabatt nach Tarif. Festerteilte Aufträge können nicht zurückgezogen werden. Für das Erscheinen an bestimmten Tagen und Plätzen wird keine Garantie übernommen.
Anzeigen-Annahme: Augustusplatz 8, bei sämtlichen Filialen u. allen Annoncen-Expeditionen des In- und Auslandes.
Haupt-Filiale Berlin: Carl Duncker, Herzogl. Bayr. Hofbuchhandlung, Lützowstraße 10. (Telephon VI, Nr. 4603).

Nr. 309. Donnerstag 7. November 1907. 101. Jahrgang.

Das Wichtigste vom Tage.

* Der Kaiser hat nach einem uns zugehenden Privattelegramm befohlen, daß die in London lebenden deutschen Reserveoffiziere der Armee und Marine sich gelegentlich seiner Anwesenheit auf der deutschen Botschaft dort einfinden sollen. Es wird eine Ansprache des Kaisers erwartet.

* Die Zahl der auf dem Hulk „Blücher" Umgekommenen beläuft sich auf zehn. (S. Neues a. a. W.)

* Das französische Gelbbuch über Marokko ist ausgegeben. (S. Ausl.)

* In der englischen Eisenbahnkrisis ist gestern abend eine Verständigung zustande gekommen. (S. Ausl.)

* In Helsingfors ist ein Kongreß der russischen Kadetten zusammengetreten.

* Deschanel wird als Nachfolger Bompards auf dem Petersburger Botschafterposten bezeichnet.

Regierung und Nebenregierung.

Die erste Etatdebatte im sächsischen Landtage brachte nicht die politischen Sensationen, die viele Tribünenbesucher wohl erhofft hatten. Das große Finanzexposé des Herrn v. Rüger enthielt nur wenig Ueberraschungen. Man kannte den Etat und man mußte von vornherein als selbstverständlich annehmen, daß die Regierung an dem festhalten würde, was sie in dem von ihr ausgearbeiteten Etat dem Lande geboten und verweigert hatte. Man konnte sich auch denken, daß es dem Finanzminister nicht an Gründen gegen die nationalliberalen Anträge zugunsten der Staatsbeamten fehlen würde, ja, in eingeweihten Kreisen wußte man sogar schon, daß endlich auch Herr v. Rüger zu der Erkenntnis gekommen sei, daß man über kurz oder lang auch den Sachsen gestatten müsse, auch des Sonntags vierter Klasse auf der Eisenbahn zu fahren, obwohl der Finanzminister noch heute der Ansicht ist, daß die vierte Klasse eigentlich nur für Arbeiter und Marktfrauen geschaffen worden sei, und Arbeiter und Marktfrauen fahren bekanntlich an Sonntagen **nicht auf der Bahn, sondern bleiben hübsch zu Hause. Uebrigens haben wir ja noch ein starkes Bollwerk gegen das Schreckgespenst der vierten Klasse** an Sonntagen, die Erste Kammer, die sich schon bei der letzten Beratung über diese Frage in der Session 1905/06 so gesinnungstüchtig erwies.

Aber ein interessantes Moment brachte die Etatrede des Herrn v. Rüger doch — eine Erklärung der Regierung über die „Konkurrenz", die Nebenregierung. Die Erklärung lautete — wenigstens für den, der das nötige Maß von Glauben besitzt — höchst beruhigend: Eine Nebenregierung existiert nicht, sie hat nie existiert und es ist auch nie der leiseste Versuch gemacht worden, einen ungesetzlichen Einfluß auszuüben, der dieses harte Wort gerechtfertigt hätte. Und an diese Freudenbotschaft knüpfte der Minister, der in diesem Augenblicke nicht für sich selbst und sein Ressort, sondern für das ganze Ministerium sprach, einige in Form und Ton recht freundliche, in ihrem Inhalte aber ganz gesalzene Ermahnungen über „unbedachte Worte in der Hitze des politischen Kampfes", Worte, die besser unausgesprochen geblieben wären. Während diese bitteren Worte von den Lippen des Finanzministers kamen, richtete mancher teilnahmsvoll den Blick an die Regierungstribüne, auf der Herr v. Nostitz die kleine Standrede genoß. Aber auch seinem Schmerz folgte eine kleine Freude, denn wenige Minuten später, nach einer abermaligen bissigen Bemerkung, hielt Herr v. Rüger es für angebracht, mit einer Art von „Ehrenerklärung" herauszurücken. Er sagte, er habe keineswegs die Absicht gehabt, der Ehre des Beamten, der die erwähnte Aeußerung getan, zu nahe zu treten.

Die Rechte freute sich über die Erklärungen des Herrn v. Rüger gewaltig. Den Herren fehlte offenbar das Verständnis für die Situation. Sie waren sich jedenfalls im Augenblick nicht klar darüber, was es bedeutet, wenn ein Staatsminister die Möglichkeit der Annahme anerkennt, er habe der Ehre eines hohen politischen Beamten zu nahe treten wollen. Herr v. Nostitz machte auch ein recht vergnügtes Gesicht dabei, aber wohl aus einer anderen Ursache. Gegen die Anerkennung dieser Möglichkeit ist selbst die echte Rügersche Form der „Ehrenerklärung" nur von geringem Belang. Interessant ist dagegen die Tatsache, daß der Rügerschen Erklärung offenbar Verhandlungen hinter den Kulissen vorausgegangen sind. Die höheren Regierungsbeamten wußten davon, denn die Regierungstribüne füllte sich erst in der zweiten Stunde der Rede des Finanzministers, — das Interesse an den rein finanziellen Ausführungen hatte die Herren also nicht gelockt. Sie zerstreuten sich auch bald daraus wieder. Ein weiterer Beweis für die Verhandlungen hinter den Kulissen aber ist die alsbald von dem konservativen Etatredner offiziell im Namen der Partei abgegebene Erklärung, daß die Konservativen nach den „überaus entgegenkommenden Erklärungen des Herrn Ministers die Angelegenheit der Nebenregierung nicht weiter verfolgen wollen". Ein gehaltvolles „Aha!" war die Antwort von den Plätzen der Freisinnigen. Die Nationalliberalen schwiegen, während die Konservativen dankerfüllten Herzens Beifall zollten, wohl in dem Glauben, daß die leidige Affäre damit aus der Welt geschafft worden sei.

Wir sind nicht der Ansicht, daß Einflüsse, die von zwei hohen Regierungsbeamten — wir erinnern an die Ausführungen des Kreishauptmanns Dr. Rumpelt, der auch von einer Verwirrung der Beamten sprach — mit Mißfallen bemerkt und unangenehm empfunden worden sind, nicht vorhanden gewesen sein können, nur weil der Finanzminister erklären kann, nichts davon zu wissen. Dr. Rumpelt war mit dem Vorgehen des Legationsrats v. Nostitz gewiß nicht einverstanden und die Wirkungen dieses Vorgehens waren auch ihm höchst peinlich, — aber auch er hat in der berühmten Einigkeitsversammlung der Konservativen bestätigen müssen, daß solche Einwirkungen ausgeübt oder jedenfalls versucht worden sind, wenn er sie auch nicht als „Nebenregierung" bezeichnete. Der weitere Verlauf der Etatdebatten wird vermutlich noch mehr Klarheit — **oder auch mehr Verwirrung — in die Angelegenheit bringen. Es wird** sich zeigen, ob auch die Freikonservativen in dieser Sache gleichen Schritt und Tritt mit den Herren Ulrich, Andrä, Opitz usw. gehen. Unmittelbar nach der Erklärung des Finanzministers hatte der Abg. Langhammer eine längere Unterredung mit dem Grafen Hohenthal. Vom Wetter werden sie kaum gesprochen haben, wohl auch nicht von den Einnahmen der Staatsbahnen, — aber selbst wenn die nationalliberale Fraktion beschließen sollte, den „häuslichen Zwist" der Konservativen auf sich beruhen zu lassen, wird die äußerste Linke kaum auf eine eingehende Besprechung der Angelegenheit verzichten. Solche Sachen werden in der Etatdebatte ausgetragen oder nie, und es wäre falsch, sie nicht auszutragen.

Die technischen Privatbeamten.

Im Novemberheft des „Archivs für Sozialwissenschaft und Sozialpolitik" (Tübingen, J. C. Mohr-Paul Siebeck) wird die Bewegung der Privatbeamten in zwei Aufsätzen behandelt. H. v. Frankenberg erörtert die vielbesprochene Tagesfrage: Die Pensionsversicherung der Privatangestellten, und Dipl.-Ing. W. Mertens die Bewegung der technischen Privatbeamten. Frankenberg begründet noch einmal die Notwendigkeit der Pensionsversicherung der Privatbeamten und kommt bei Erörterung der Art der Versicherung zu dem Ergebnis, daß nicht eine Sondereinrichtung, sondern die Einfügung in die große, schon bestehende Reichsversicherung geboten ist. Frankenberg geht noch weiter und redet „einer umfassenden Versicherung der gesamten erwerbstätigen Bevölkerung gegen die wirtschaftlichen Folgen von Krankheit, Unfall, Alter, Invalidität und Verlust des Ernährers" das Wort. Er entwickelt einen Plan für eine allgemeine Reichsversicherung aller nach Beendigung der Schulpflicht gegen Lohn oder Gehalt beschäftigten Personen einschließlich der Hausgewerbetreibenden. Dieser weitausschauende Plan hat seine Anhänger, er hat aber auch seine eifrigen Gegner, die dem Wirtschaftsleben und der gesamten Arbeit des werktätigen Volkes nicht den Individualcharakter und die natürliche Grundlage des Fürsichselbersorgens genommen wissen wollen.

Mit Benutzung statistischen Materials untersucht Mertens zunächst die rechtlichen und wirtschaftlichen Verhältnisse der technischen Privatbeamten. Wer sich mit diesen Dingen nicht beschäftigt hat, wird sich wundern, wenn er aus dem Aufsatze von Mertens die Gehaltsziffern z. B. der Techniker entnimmt. In einer größeren Berliner Maschinenfabrik hatten von den technischen Angestellten 37 Proz. ein Monatsgehalt bis zu 125 ℳ, nur 16 Proz. über 200 ℳ und die übrigen 47 Proz. ein Gehalt auf der Zwischenstufe, zwischen 125 und 200 ℳ. In einer mittleren Münchener Maschinenfabrik bezieht von den 9 Technikern der Chefkonstrukteur und Oberingenieur monatlich 300, der älteste Ingenieur der Firma 180, der dritte 150 ℳ. Die Gehälter der übrigen gehen herab von 120 bis auf 60 ℳ. Das Publikum stellt sich wohl meist die Gehälter dieser Beamten wegen der gesellschaftlichen Achtung, die sie genießen, weit höher vor. Durch Zusammenstellung dieser und anderer Zahlen, die teils privaten, teils amtlichen Untersuchungen entnommen sind, dürfte mancher Fernstehende in die Verhältnisse eingeführt werden. Der Verfasser tritt dabei als Standesgenosse und Verfechter von Standesinteressen auf, weiterhin auch einer Standesorganisation, nämlich des im Mai 1904 gegründeten Bundes der technisch-industriellen Beamten, dessen sozialpolitisches Programm eingehend gewürdigt wird.

Soviel scheint sicher zu sein, daß die Zeit vorüber ist, wo das Organisationsbedürfnis der hier in Frage kommenden Stände allein durch hauptsächlich fachwissenschaftliche Vereine, wie den Verein deutscher Ingenieure, den Verein deutscher Chemiker, den Verband deutscher Elektrotechniker und den deutschen Techniterverband, befriedigt wird. In jenen Vereinen arbeiten Unternehmer und Arbeitnehmer zusammen, und es ist daher untunlich, daß sie sich mit den Standesinteressen einer der beiden Gruppen identifizieren. Mertens erkennt daher auch an, **daß z. B. der bekannte Verein deutscher Ingenieure aus Selbsterhaltung davon absehen müsse, sich an der praktischen Lösung sozialpolitischer Probleme zu beteiligen;** dagegen werde der Verein mehr als bisher neben rein technischen Fragen auch wirtschaftliche in den Kreis der wissenschaftlichen Betrachtung ziehen und der wirtschaftlichen Ausbildung seiner Mitglieder größere Aufmerksamkeit schenken müssen. Die Reibungen der neuen Organisationen, die die wirtschaftlichen Interessen der Angestellten in den Vordergrund rücken, mit den alten, zum Teil berühmten Verbänden deuten darauf hin, daß ein neues Stadium in den Beziehungen der Industrie zu ihren technischen Angestellten angebrochen ist. Nämlich eines, wo die Arbeitgeber und die technischen Arbeitnehmer mehr klassenartig einander gegenübertreten werden.

Das mag man im Interesse des sozialen Friedens bedauern — aber die Tatsache wird dadurch nicht verschoben. Sie wird dazu dienen, den richtigen modus vivendi zu finden. Und darauf kommt es schließlich allein an, wenn die Lage der technischen Privatbeamten endlich gebessert werden soll.

Feuilleton.

Wenn ich einen König ernannte, so hielt er sich gleich für einen König von Gottes Gnaden, so epidemisch ist dies Wort.

Napoleon.

*

Volksvorstellungen.

Unter **Volksvorstellungen** sind im folgenden nur solche Vorstellungen zu verstehen, bei denen die Preisfestsetzung und vor allem die Art des Billettvertriebes zeigen, daß die unteren Klassen, hauptsächlich die organisierten Arbeiter, das Publikum bilden sollen. Die „sogenannten" Volksvorstellungen — Klassiker-Abende, Vorstellungen zu ermäßigten Preisen, Nachmittagsvorstellungen — gehören nicht dazu: das sind im besten Falle volkstümliche Vorstellungen. Die Frage der Volksvorstellungen in dem eben gekennzeichneten Sinn ist aktuell geworden, seitdem in Frankfurt a. M. im Jahre 1894 die erste wirkliche Volksvorstellung gegeben worden ist. Dort hatte sich ein Ausschuß für Volksvorlesungen gebildet, der sich die unentgeltliche Verbreitung der Bildung unter der arbeitenden Bevölkerung als Aufgabe setzte. Drei Männer widmeten ihre Kraft den Arbeiten des Ausschusses: der hochherzige, weitblickende Finanzmann Ch. L. Hallgarten, der demokratische Stadtrat Dr. A. Flesch und der sozialdemokratische Chemiker L. Opificius. Es wurden Vortragszyklen aus allen Gebieten der Wissenschaft und der Kunst veranstaltet; es wurde dafür gesorgt, daß die Museen der arbeitenden Bevölkerung zu geeigneten Zeiten unentgeltlich geöffnet wurden usw. Diese Veranstaltungen kamen einem Bedürfnis der Zeit entgegen. Je stärker die Arbeiterorganisationen wurden, desto größer wurde das Bildungsbedürfnis der aufgeklärten Arbeiter. Und da sich die Arbeiterorganisationen noch zu schwach fühlten, da sie ihre Kräfte noch vollständig im wirtschaftlichen Kampfe aufbrauchten, nahmen sie in verschiedenen Städten die ihnen von bürgerlicher Seite gebotene Hilfe in der Bildungsfrage an. Heute ist das bekanntlich anders geworden. Die sozialdemokratische Partei und die freien Gewerkschaften wenden seit dem Beschlusse des sozialdemokratischen Parteitages in Mannheim der selbständigen Lösung und Leitung der Bildungsfrage ihre ganze Aufmerksamkeit zu; in allen größeren und mittleren Städten sind Arbeiterbildungsausschüsse gegründet worden. In einer Frage wird aber wohl vorläufig noch ein gewisses Zusammengehen der Arbeiterbildungsausschüsse mit bürgerlichen Ausschüssen notwendig sein: in der Frage der Volksvorstellungen.

Zu dieser Frage veranstaltete nun der Frankfurter Ausschuß für Volksvorlesungen eine Enquete, durch welche der Stand der Volksvorstellungen in den deutschsprachigen Gebieten erforscht werden sollte. („Zur Frage der Volksvorstellungen. Eine Enquete, veranstaltet vom Ausschuß für Volksvorlesungen in Frankfurt a. M., bearbeitet in dessen Auftrag von Otto Becker. Verlag von Quelle & Meyer in Leipzig. 1907.") Er versandte im Dezember 1906 an über 200 deutschsprachige Theater des In- und Auslandes einen Fragebogen, 108 Fragebogen wurden beantwortet. Ich weiß nicht, welcher Prüfung der Herausgeber diese Antworten unterworfen — abgesehen von einigen Fällen, darf man jedoch annehmen, daß die Antworten sich mit den Tatsachen decken und als zuverlässiges statistisches Material zu verwerten waren. In vier Tabellen werden die Resultate der Enquete übersichtlich dargestellt. Tabelle I gibt zunächst eine allgemeine Uebersicht der Preise des teuersten Platzes und des billigsten Sitz- bzw. Stehplatzes in den einzelnen Theatern bei den laufenden Vorstellungen. In Tabelle II ist die Relativberechnung durchgeführt, wieviel billige Plätze — Plätze bis zu 75 Pfg. bei gewöhnlichen Preisen — pro Vorstellung, und wieviel pro Jahr auf je 1000 Einwohner der Stadt verfügbar sind. Tabelle III gibt eine Zusammenstellung über die Zahl der Volksvorstellungen und die pro Jahr und pro 1000 der Bevölkerung verfügbaren Karten für diese. Tabelle IV bringt in gleicher Weise eine Uebersicht der volkstümlichen Vorstellungen, d. h. derjenigen Vorstellungen, die in bezug auf die Preisverminderung den Volksvorstellungen gleichen, bei denen aber eine Beschränkung des Kartenverkaufes auf Arbeitnehmer nicht stattfindet. Die Tabelle III verdient das größte Interesse. Aus ihr ergibt sich, daß die pro Jahr auf je 1000 Einwohner kommenden Plätze im Preise von 10—75 Pfg. betragen: für Magdeburg 62, für Leipzig 49, für Dresden 19, für Stuttgart 42, für Elberfeld 56, für Halberstadt 79, für Mannheim 81, für Erfurt 72, für Augsburg 60, für Aachen 27, für Kassel 55, für Frankfurt a. M. 19, für Offenbach 83, für Darmstadt 21, für Heidelberg 51, für Karlsruhe 82, für Straßburg 48, für Mülhausen i. E. 118 und für Weimar 298. Weimar mit seinen 31 000 Einwohnern und 1000 Plätzen im Theater erreicht also den Rekord; Frankfurt a. M., die „fortgeschrittenste" Stadt Deutschlands, einen Rekord nach unten. Anders ist wieder das Verhältnis, wenn wir die Zahl der pro Jahr gegebenen Volksvorstellungen in Betracht ziehen. Es kommen jährlich auf Dresden 7—8, auf Leipzig 27, auf Stuttgart 10, auf Magdeburg 12, auf Erfurt 7, auf Weimar 10, auf Frankfurt a. M. 8, auf Mannheim 10, auf Straßburg 7, auf Darmstadt 3—4, auf Heidelberg 4, auf Mülhausen i. E. 12 und auf Oppeln 24. Daß aber die oberschlesische Hauptstadt sich an der Spitze befindet, bedeutet vom künstlerischen Standpunkt aus wenig. Denn die Veranstalter dieser „Volks"-Vorstellungen haben weniger allgemein erzieherische, als speziell germanisatorische Zwecke im Auge. (Deswegen finden in einem großen Teil von Oberschlesien diese Volksvorstellungen nicht nur zu stark ermäßigten Preisen statt, sondern es werden sogar Gratiskarten verteilt.)

Vergleicht man nun die Zahl der jährlichen Volksvorstellungen mit der Zahl der jährlichen Vorstellungen, so ergibt sich, daß noch sehr viel zu tun ist: da stehen die 8 Volksvorstellungen Frankfurts neben 660 Vorstellungen, die 27 Leipzigs neben 700, die 12 Magdeburgs neben 225, die 10 Stuttgarts neben 300, die 10 Mannheims neben 415, die 4 Heidelbergs neben 187, die 3—4 Darmstadts neben 1000. In den günstigsten Fällen beträgt aber die Zahl der Volksvorstellungen 4 bis 6 Prozent der Gesamtzahl der jährlichen Vorstellungen. Dieses Mißverhältnis ist leider in der genannten Broschüre nicht scharf genug herausgearbeitet, nicht deutlich genug unterstrichen.

Eine der schwierigsten Fragen ist die Art und Weise des Billettvertriebes. Vorläufig ist noch kein einheitlicher Weg eingeschlagen worden. Jede Stadt macht es anders. In Dresden werden die Volksvorstellungen als „Vorstellungen für Minderbemittelte" angekündigt. Anscheinend unberechtigte Käufer werden durch Kontrollbeamte an der Kasse zurückgewiesen. In Leipzig werden die Vorstellungen vom Arbeiterverein arrangiert, der für jede Vorstellung eine Pauschalsumme an die Direktion zahlt und die Karten nur an seine Mitglieder weiterverkauft. In Magdeburg erfolgt der Kartenverkauf zu Dreiviertel durch die Vorstände der Krankenkassen und zu Einviertel durch die Theaterdirektion. In Mannheim werden die Karten an Arbeitgeber- und Arbeiterorganisationen gegeben. In Kassel ist der Arbeiterbildungsverein der Veranstalter: er übernimmt für 800 ℳ Karten, gibt sie teils an die Arbeiter selbst, teils an andere Arbeitervereine ab. In Mülhausen i. E. erhält das freie Gewerkschaftskartell 200, das christliche 100 Karten. Ein Teil der Karten wird in Schulen umgesetzt. In Heidelberg werden die Plätze von der Theaterkasse in verschlossenen Kuverts verkauft. In Weimar verkauft die Ortskrankenkasse sämtliche Karten einzeln in Kuverts. Ein ganz kompliziertes, aber wirksames Verkaufssystem hat Straßburg: eine Halle, zwei verschiedene Türen, wachthabende Feuerwehrleute, Kontrollkarten spielen dabei eine Rolle. Den Vorzug scheint mir, wie dem Herausgeber der Enquete, das in Frankfurt a. M. übliche System zu verdienen, wenn es auch noch sehr verbesserungsbedürftig ist. Dort werden die Karten zu den Volksvorstellungen im Schauspielhause und im Opernhause jeweils dem Ausschuß für Volksvorlesungen übergeben, der sie an die ihm angeschlossenen Vereine und Gewerkschaften verteilt. Die Verteilung der Karten liegt einer Kartenverteilungskommission ob, die aus dem jetzt fest angestellten Sekretär des Ausschusses und fünf Arbeitervertretern besteht. Die Arbeitervertreter werden in der Plenarsitzung von den Vertretern aller angeschlossenen Vereine — der stärkste: die freien Gewerkschaften haben über 33 000 Mitglieder — alljährlich gewählt. Die Karten werden an die Gewerkschaften nach ihrer jeweiligen Mitgliederzahl abgegeben. Durch die auffallend geringe Zahl der in Frankfurt a. M. gegebenen Volksvorstellungen hat sich die Notwendigkeit herausgestellt, bei einer Vorstellung nur die Hälfte der Vereine in Betracht zu ziehen, damit der Prozentsatz der jeweils zur Verrechnung kommenden Karten nicht zu gering ist. — Dieses Frankfurter System könnte sehr gut die Praxis zu einer allgemeinen, einheitlichen Gestaltung des Billettvertriebes bei Volksvorstellungen bilden, und Becker hätte das auch ruhig aussprechen dürfen. Allerdings müßte die Kurzsichtigkeit gewisser Theaterleitungen, die rückschrittliche Gesinnung einzelner Städte aufhören. Fälle, wie der jüngst in Elberfeld vorgekommene, wo dem Arbeiterbildungsverein das Theater aus politischen Gründen verweigert wurde, müßten unmöglich sein.

Becker weist in seiner Broschüre besonders auf die Tatsache hin, daß sich im allgemeinen für die mittleren Städte günstigere Zahlen ergeben, als für Großstädte, und macht im Anschluß daran Vorschläge, die ich nicht ohne weiteres gutheißen kann. Um den großstädtischen Theatern die Möglichkeit zu geben, „ohne finanzielle Opfer Volkskunstpflege zu betreiben", schlägt er ihnen vor, die bei klassischen Vorstellungen erfahrungsgemäß unbesetzt bleibenden Plätze zu billigen Preisen in ärmeren Bevölkerungskreisen abzusetzen. Dieser Vorschlag ist an sich gut gemeint, sollte aber mit der Frage der Volksvorstellungen nicht in Zusammenhang gebracht werden. Das Publikum dieser Vorstellungen darf nicht einen Augenblick — wie es heute noch vielfach mit vollstem Recht geschieht — glauben, daß ihm nur das vorgesetzt wird, was die andern übrig lassen. Vom erzieherischen Standpunkte aus wäre das völlig verfehlt. Aus demselben Grunde kann ich auch einer weiteren Anregung Beckers nicht zustimmen: eventuell eine speziell „vereinfachte" Inszenierung für Volksvorstellungen einzuführen. Die Befürchtung Beckers, die moderne, künstlerischraffinierte Ausstattungsweise könnte die Aufmerksamkeit der Besucher vom Inhalt des Stückes ablenken, teile ich nicht: auf Grund langer Beobachtung von Besuchern der Volksvorstellungen. Im engsten Zusammenhang damit muß ich auch die Tendenz einzelner Theater verurteilen, die Volksvorstellungen auf Sonntagnachmittage zu verlegen. Der Abend des Werktags soll den Besucher in feiertägliche Stimmung bringen. S—a.

SLUB
Wir führen Wissen.